

Haushaltsrede 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Sitzungsbesucher der Presse und der Bürgerschaft,

mit dem Haushalt 2018 betreten die Gemeindeverwaltung und der Gemeinderat Neuland, es liegt jetzt der erste Haushaltsentwurf nach dem Neuen Kommunalen Haushaltsrecht vor, durch den der Übergang vom Prinzip der Kameralistik zur Doppik in der Rechnungslegung vollzogen wurde. Um sich in die neue Systematik einzuarbeiten und zu inhaltlichen Beratungen traf sich der Gemeinderat zu einer Klausurtagung und im Anschluss noch zu 2 Beratungssitzungen im Verwaltungsausschuss. Diese Umstellung und der damit verbundene enorme Arbeitsaufwand für den Kämmerer führte dazu, dass wir dieses Jahr mit der Verabschiedung des Haushalts relativ spät dran sind. Aufgrund der grundlegenden Strukturänderungen fehlen auch Vergleiche zu Vorjahren und Erläuterungen zu einzelnen Haushaltspositionen. Dies ist aber keinesfalls als Kritik an der Verwaltung zu sehen, der wir für die geleistete Arbeit ganz ausdrücklich danken.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen altem und neuem Haushaltsrecht ist, dass die Gemeinde für ihre Leistungen und Investitionen jetzt erstmals Produkte definieren musste. Damit soll eine bessere Kosten- und Ertragstransparenz für die Leistungen der Gemeinde erreicht werden. Ein zweiter, aus finanzieller Sicht besonders bedeutsamer Unterschied ist, dass die Gemeinde eine komplette Neubewertung aller ihrer Vermögensobjekte vornehmen

musste und die Abschreibungen hierauf erstmals im Haushalt auch zu erwirtschaften sind. Das bedeutet immerhin, dass wir 2,24 Mio. EUR an Abschreibungen im Haushalt zu erwirtschaften haben – und in den Folgejahren wird dieser Betrag aufgrund der vielen Investitionen noch deutlich zunehmen. Der extreme Anstieg der Rücklagen ist darauf zurückzuführen, dass Haushaltsreste für noch nicht in Angriff genommene oder nicht fertig gestellte Investitionen nicht mehr übernommen werden durften. Sie mussten aufgelöst und neu in die Rücklagen eingestellt werden. Diese Mittel müssen jetzt wieder neu veranschlagt werden.

Trotz einer sehr guten Wirtschaftslage und eines dementsprechend sehr hohen Steueraufkommens erreichen wir dieses Jahr knapp einen ausgeglichenen Haushalt mit einem ordentlichen Ergebnis von gerade einmal 2600 EUR. Inwieweit dies tatsächlich so bleibt, ist abzuwarten angesichts einiger Unwägbarkeiten, wie zum Beispiel der Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst.

Die großen Investitionsmaßnahmen der Gemeinde wie die Sanierung des Hallenbades Langenbrücken, diverse Maßnahmen zum Hochwasserschutz, Tiefbaumaßnahmen zur Kanalerneuerung in beiden Ortsteilen, Ortskernsanierung Langenbrücken und 2. Bauabschnitt Kurpark Mingolsheim werden von uns unterstützt.

Um die Attraktivität der Gemeinde für Gewerbetreibende zu erhalten und zu steigern wird die Gemeinde das Gewerbegebiet Sand erschließen. Wir halten dies für eine wichtige Zukunftsinvestition die dazu beitragen kann, die Steuerkraft der Gemeinde zu sichern und zu stärken. Die Investitionen der Gemeinde im Bereich des Bahnhofs Mingolsheim, mit denen die Entwicklung neuer Baugebiete ermöglicht wird, halten wir gleichfalls für dringend notwendig. Zum einen wird dadurch weiterer

Wohnraum geschaffen, zum anderen wird dies zu einer optischen Aufwertung des Gebietes führen.

Ein besonderes Anliegen ist uns der Ausbau der Breitbandversorgung. Im Haushalt sind hierfür 400 Tsd. EUR vorgesehen und wir freuen uns, dass unsere Anregung, die Mittel in den Folgejahren von 50 Tsd. jährlich auf 250 Tsd. zu erhöhen, von der Verwaltung aufgenommen und umgesetzt wurde.

Bedauerlich ist, dass uns, wie auch schon in den Vorjahren, Mittel für dringend erforderliche Sanierungsmaßnahmen von Straßen und Gehwegen im Ort fehlen. Insbesondere der Zustand mancher Gehwege ist eine Gefahr für mobilitäts-eingeschränkte Mitbürger und Gäste. In diesem Zusammenhang bedauern wir es sehr, dass auch im Haushalt 2018 wieder keine Mittel zur Erneuerung des Gehweges in der Römerstraße zur Verfügung stehen. Diese schon lange von den Freien Wählern geforderte Maßnahme musste im Haushalt 2017 zu Gunsten der Sanierung des Schwimmbades in Langenbrücken gestrichen werden und auch dieses Jahr fand man keinen Weg, diese dringend erforderliche Maßnahme zu finanzieren.

Wir hätten uns außerdem gewünscht, dass Gelder für eine Generalsanierung der Schönbornhalle eingestellt werden. Wie bereits in unserer Haushaltsrede 2017 mahnen wir, dieses Vorhaben in der Zukunft nicht aus den Augen zu verlieren. Nur das absolut Notwendige zu tun, um so schlussendlich den Sanierungsbedarf für die Halle hochzutreiben und ihr wirtschaftliches Lebensende und einen Abriss herbeizuführen, halten wir für eine unverantwortliche Strategie des Bürgermeisters. Wir halten eine Generalsanierung für machbar und wirtschaftlich für die bessere Lösung.

Neben den Investitionen in den Bereich der Sachanlagen sind die Investitionen in den sozialen Bereich ein zweiter Haushaltsschwerpunkt. Für Kleinkinder, Schüler und Jugendliche gibt es in unserer Gemeinde ein vielfältiges Angebot und wir stellen enorme Beträge dafür zur Verfügung. Der Zuschussbetrag für Kindergärten und sonstige Tageseinrichtungen steigt auf insgesamt 1,92 Mio € an, für Schulen und Ganztagesbetreuung sind es 816.000 Euro, für Schulsozialarbeit und offene Jugendarbeit 213.600 Euro, also insgesamt fast 3 Mio €. In unseren Augen ist dies eine gute Investition in die Zukunft der Gemeinde und der hier lebenden Familien.

Wir sehen auch, dass wir in Zukunft weitere Kindergarten-Plätze und Gruppen benötigen werden, um gesetzlichen Anforderungen zu genügen und der großen Nachfrage durch Zuzug nachkommen zu können. Aber hier halten wir den von der Verwaltung favorisierten Standort Hebelstraße für absolut ungeeignet. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Flexibilität befürworten wir einen Ausbau des Standortes St. Raphael.

In Erwartung eines steigenden Zinsniveaus sind wir mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden, zur Finanzierung all dieser Investitionen nicht die Haushaltsrücklagen stärker in Anspruch zu nehmen, sondern die derzeit noch niedrigen Zinssätze zu nutzen und einen Kredit aufzunehmen. Unsere Zustimmung zur Kreditaufnahme wird dadurch erleichtert, dass nicht zuletzt aufgrund unserer Einsparvorschläge in früheren Jahren die pro-Kopf-Verschuldung in unserer Gemeinde mit derzeit 305 EUR/Einwohner unter dem Durchschnitt vergleichbarer Gemeinden liegt.

Die Personalaufwendungen von 6.492.300 EUR liegen bereits um 137.100 EUR über dem Vorjahreswert – ein Posten, den es weiterhin im Auge zu behalten gilt. So weist die mittelfristige Planung bis 2021 ein Wachstum der Personalausgaben von immerhin 550 000 EUR aus. Der Stellenplan sieht eine zusätzliche Stelle vor. Diesen zusätzlichen Personalbedarf sehen wir nicht, die Verwaltung hat aus unserer Sicht die Gründe für die zusätzliche Stelle nicht überzeugend dargelegt. Leider kann über den Stellenplan nicht separat abgestimmt werden, da er Teil des Gesamthaushaltes ist. Andernfalls hätten die Freien Wähler den Stellenplan in der vorgelegten Form abgelehnt.

Der Haushalt 2018 war für uns Gemeinderäte eine große Herausforderung. Wir bedanken uns bei der Verwaltung, insbesondere bei unserem Kämmerer, Herrn Sturm und seinem Team für die gewohnt solide Vorbereitung.

Trotz großer Bedenken gegen den Stellenplan stimmen die Freien Wähler dem vorgelegten Haushaltsplan 2018, sowie den Wirtschaftsplänen des Wasserwerks und der Oberbauer'schen Waisenstiftung zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Bad Schönborn, 20.03.2018

Rudolf Keßler